

Stellungnahme zu jüngsten Anschuldigungen in den sozialen Medien

Liebe Genossinnen und Genossen,

anlässlich der letzten Behauptungen und Unterstellungen, die zu meiner Person veröffentlicht wurden, möchte ich gerne Stellung beziehen:

Unsere Demokratie lebt von dem Engagement jedes einzelnen Bürgers: Sei es durch die Partizipation an Wahlen, durch gesellschaftliches und politisches Engagement oder durch eine konstruktive und lebendige Diskussionskultur. Das Interesse an einer besseren Zukunft für Deutschland macht die Demokratie lebbar, greifbar und bestärkt diese für die nachkommenden Generationen. Wenn Menschen mit facettenreichen Hintergründen und Erfahrungen zusammenkommen, um gemeinsam an einer Vision zu arbeiten, ermöglicht es eine nachhaltige und beständige Gesellschaftsstruktur, die unsere demokratischen Werte und Prinzipien aufrechterhält.

Seit vielen Jahren versuche ich in unterschiedlichen Funktionen meinen Beitrag zu leisten: Sei es in der muslimischen Gemeinde als Mitglied des Vereins TUN e.V. , in meiner politischen Arbeit, bei der SPD oder in anderen unterschiedlichen gesellschaftlichen Begegnungsstätten. Der Fokus liegt hier auch auf der Förderung des Zusammenkommens von Menschen mit unterschiedlichen religiösen und kulturellen Hintergründen, um den interreligiösen und interkulturellen Dialog zu fördern und fortzusetzen. Dies beginnt einerseits innerhalb der muslimischen Gemeinde in der Jugendarbeit, wo ich mich seit Jahren für die Aufklärung und Entgegenwirkung der Radikalisierung einsetze, als auch in der Schaffung der genannten Begegnungsmöglichkeiten, um das Potenzial einer vielfältigen und starken Gesellschaft zu fördern.

Meine Arbeit und Involvement ist in allen Bereichen transparent und [zugänglich](#): So haben in der Vergangenheit bisher Medienvertreter, Interessenten, Gleichgesinnte oder Kritiker, die mit mir in den Austausch treten wollten, konstruktiv in die Diskussion gegangen sind oder an gemeinsamen Projekten arbeiten wollten, immer die Möglichkeit gehabt, mit mir ins Gespräch zu gehen. Diese Transparenz und die Öffentlichkeit meiner Arbeit ist eine bewusste Wahl,

da ich verfassungskonform und im demokratiefördernden Sinne aktiv war und nichts zu verbergen habe.

Mit dieser Absicht ist es für mich ein Selbstverständnis gewesen, die Innenministerin Nancy Faeser, im Rahmen einer Frühverteilung des Wahlkampfes für die anstehenden Landtagswahlen zu unterstützen. Das daraufhin gepostete Foto wurde als Grundlage für eine Verleumdung- und Einschüchterungsaktion verwendet, die in den sozialen Medien zur Diffamierung meiner Person und meiner Arbeit verwendet wurde. Die Anschuldigungen beinhalten u.a., dass ich Mitglied einer Moscheegemeinde bin, die Mitglied eines Verbands war, in der es Vereine gab, die in der Vergangenheit unter Verdacht standen, Islamisten vor Ort gehabt zu haben. Mir wird außerdem vorgeworfen, dass ich der Muslimbruderschaft nahe stehen würde, da ich vor vielen Jahren mit einem Mann fotografiert wurde, der der Muslimbruderschaft angerechnet wird. Die Anschuldigungen sind falsch und haltlos: Ich stehe keiner radikalen Gruppierung nahe und bin in keinen der in den Beiträgen genannten Gruppen aktiv oder pflege dahingehend irgendwelche nahestehende Kontakte. Die Behauptungen widersprechen meinen jahrelangen Bemühungen und meinen persönlichen Werten.

In einer funktionierenden Demokratie ist es notwendig und wichtig, dass wir in die Diskussion und den Austausch treten: Nicht nur dann, wenn wir uns in einer Sache einig sind, sondern besonders dann, wenn wir es nicht sind.

Die Autoren dieser Beiträge haben sich dazu entschlossen, auf stereotypische Grundlage mich öffentlich anzugreifen, statt konstruktiv und sachlich ins Gespräch zu gehen. Erschreckend ist hierbei, dass eine der Autorinnen auf ihrem Blog den Fokus bereits in der Vergangenheit immer auf Muslime gelegt hat und dabei Muslime, die in der Öffentlichkeit stehen, diffamiert, indem sie ihnen Kontakt-Nähe zu radikalen Gruppierungen unterstellt, ohne diese mit Quellen und Beweisen zu belegen. Frau [Sigrid Herrmann](#) ist selbsternannte „Islamismus-Expertin“, die u.a. als [Sachverständige](#) für die AfD agiert.

Zu dieser Person führt der Unabhängige Expertenkreis Muslimfeindlichkeit des Bundesministeriums des Innern in seinem [Bericht](#) „Muslimfeindlichkeit – Eine deutsche Bilanz“ auf S. 99f. aus.

Nach dem rassistisch motivierten Anschlag von Hanau im Jahr 2019 berief der damalige Bundesinnenminister Horst Seehofer einen zwölfköpfigen unabhängigen wissenschaftlichen Expertenkreis ein, der im Juni 2023 eine umfassende Studie über das Thema Muslimfeindlichkeit in Deutschland präsentierte. Darin wird der Fall *Herrmann-Marschall* namentlich mit einigen weiteren Fällen explizit als Beispiel für *Kontaktschuld* genannt – dies bezeichnet den Vorgang, Menschen aufgrund vermeintlicher Kontakte zu dritten Personen, denen eine Nähe zu Extremisten berechtigter- oder unberechtigter Weise attestiert wird, selbst des Extremismus zu bezichtigen. In der Konsequenz führt die öffentlich artikulierte Kontaktschuld zur Vorverurteilung ohne Belege, die selbst im Falle der Widerlegung der Vorwürfe den betroffenen Personen mit einer schwerwiegende Rufschädigung, sozialen und mitunter gar ökonomischen Folgen einhergeht. Der Expertenkreis attestierte Herrmann-Marschall fehlende fachliche Expertise und Sprachkenntnisse, definierte ihre Nachforschungen als „Mutmaßungscharakter“ und „häufig bruchstückhaft und kontextlos“

Die Tatsache, dass die Motive und das Muster ausschließlich auf muslimische Bürgerinnen und Bürger abzielen, um sie öffentlich zu diffamieren und somit zu diskreditieren, zeigt, dass bei dieser kein Interesse daran besteht, wirkliche Aufklärungsarbeit zu leisten, um Extremismus, egal aus welchen Randgruppen dieser entsteht, entgegenzuwirken, sondern es in ihrem Hauptanliegen darum geht, das Engagement der Muslime zu schmälern und so die Motivation zur Teilnahme zu verringern.

Die Folgen dieser Behauptungen bleiben nicht unbemerkt: Es führt zu Unsicherheit und Angst, dass Muslime mit einer solchen unwahren Behauptung, persönliche und öffentliche Konsequenzen ziehen müssen. Diese Konsequenz führt dazu, dass Bürgerinnen und Bürger die politische Partizipation verringern, aus Schutz gegenüber ihren Familien und sich selbst und aus Angst durch haltlose Vorwürfe, in der Öffentlichkeit diskreditiert zu werden.

Ich ermutige hierbei die Vorteile unserer Demokratie zu nutzen: Es ist möglich, einen Diskurs zu Themen zu führen, ohne jemanden persönlich anzugreifen und zu diffamieren. Eine sachliche und konstruktive Diskussion entspricht nicht Blogbeiträgen, die von rechtsnahen Menschen als Grundlage genommen

werden, um den Druck auf mich und mir nahestehenden Menschen und Institutionen zu erhöhen.

Unser Engagement sollte nicht als Anlass für Verleumdung Hetzkampagnen dienen, sondern vielmehr als Beispiel dafür, wie vielfältig Ideen, Perspektiven und Blickwinkel sein können, die unserer Gesellschaft dienlich sind.

Ich danke allen, die mich in dieser schwierigen Zeit unterstützt haben, und ermutige andere dazu, sich trotz möglicher Widerstände für ihre Überzeugungen einzusetzen. Gemeinsam können wir eine bessere Gesellschaft schaffen, in der Vielfalt und Meinungsfreiheit geschätzt werden.

Mit solidarischen Grüßen

Frankfurt, 30.10.2023

Mustapha Lamjahdi